

Region Aargau

Engagiert gegen Sparmassnahmen

Die Konferenz Aargauischer Staatspersonalverbände (KASPV) hatte für den 8. November zur Kundgebung gerufen. Sie richtete sich gegen die Sparmassnahmen, die der Regierungsrat für 2017 bis 2020 vorgesehen hat. Er will in Gesundheitswesen, Bildung, öffentlicher Sicherheit und bei den Staatsangestellten in der Verwaltung sparen.



Impressionen von der Kundgebung.

Bilder: Thomas Amsler

Der Regierungsrat will im Gesundheitswesen in den nächsten Jahren 60 bis 80 Mio. Franken einsparen, indem er die Tarife für die Spitalleistungen einfriert und gleichzeitig von den Kantonsspitalern eine höhere Dividendenausschüttung verlangt. Zudem sollen die Spitäler verpflichtet werden, Behandlungen wann immer möglich ambulant zu erbringen. Das führt zu einer Kostenverschiebung zu den Krankenkassen, denn für stationäre Behandlungen müsste der Kanton 50 Prozent der Kosten mittragen. Letztlich werden damit die Kosten vom Kanton auf die einzelnen Versicherten abgewälzt.

Die Fahrzeugstellungspflicht abschaffen

Bei der Polizei soll die Fahrzeugstellungspflicht gestrichen werden. Konkret will der Regierungsrat die Pauschale abschaffen, die Kantonspolizisten dafür bekommen, dass sie ihr privates Fahrzeug stellen. Leider hat er im Aufgaben- und Finanzplan vergessen, dafür ein Budget für Ersatzfahrzeuge auszuweisen. Die Polizei geht zudem davon aus, dass auf die Sparmassnahmen ein weiterer Stellenabbau erfolgen wird.

Weniger Lektionen

In der Bildung sollen nach den Vorstellungen des Regierungsrates mit der Reduktion bei «Deutsch als Zweitsprache» im

Kindergarten, mit mehr Schülern pro Klasse oder mit der Streichung des Berufswahljahres 21 Mio. Franken eingespart werden. Für 2017 sind Einsparungen mit der Reduktion der Stundentafel sowie der ungebundenen Lektionen in der Primarschule vorgesehen. Weniger ungebundene Lektionen bedeuten weniger Halbklassenunterricht, was den Lehrpersonen erschwert, auf ein 100-Prozent-Pensum zu kommen.

Vierte Lohnnullrunde seit 2014

Die KASPV kritisiert zudem die erneute Nullrunde bei den Löhnen des Staatspersonals und der Lehrpersonen. Seit 2014 ist dies die vierte Lohnnullrunde. Im Vergleich zu den Nachbarkantonen und den Marktlöhnen verliert der Kanton Aargau als Arbeitgeber an Attraktivität. Ein Lehrer verdient im Kanton Aargau nach elf Berufsjahren im Schnitt rund 15 000 Franken weniger als die Kollegen im Nachbarkanton. Beim Staatspersonal (Polizei, Werkhof, Verwaltung usw.) müssen die Löhne durch sogenannte strukturelle Anpassungen durch den Regierungsrat korrigiert werden, damit keine Abwanderung in die Privatwirtschaft erfolgt. Strukturelle Anpassungen werden auf Kosten der Lohnsummenerhöhung durchgeführt, sodass für reguläre Lohnerhöhungen kein Geld zur Verfügung steht. Eine solche

Praxis steht zudem im Widerspruch mit dem §10 des Lohndekretes.

Für die Kundgebung hatte die KASPV mit ca. 4000 Teilnehmenden gerechnet, zumal der Lehrerverband als grösster Mitgliederverband an seiner ausserordentlichen Delegiertenversammlung die Kundgebung einstimmig befürwortet hatte.

Fortsetzung auf Seite 10

IMPRESSUM NORDWEST

Redaktion/Koordination

Manuela Döbele, Hauptstrasse 21,
D-79713 Bad Säckingen,
Tel. +49 7761 91 30 96,
info@computer-grafik-design.de

Regionalredaktion

Aargau:

Thomas Amsler,
thomas.amsler@syna.ch,
Tel. 056 448 99 00

Nordwestschweiz:

Beatrix Meier,
beatrix.meier@syna.ch,
Tel. 061 227 97 38

Ausgabe 1/17:

Redaktionsschluss: 16. Januar
Erscheinungsdatum: 3. Februar

Fortsetzung von Seite 9

Am 8. November waren mehr als 8000 Protestierende in Aarau eingetroffen. Neben den Lehrpersonen und dem Verwaltungspersonal waren ca. 200 Kantonspolizisten, ca. 30 Mitarbeitende der Justiz- und Vollzugsanstalt Lenzburg sowie Mitglieder der Arbeitnehmerverbände anwesend. Syna konnte ihre Mitglieder ebenfalls mobilisieren. In Absprache mit einzelnen Arbeitgebern durften diese sogar in Uniform an die Kundgebung.

Nicht auf dem Buckel des Personals

Als letzter von sechs Rednern trat Marco Piovanelli nicht mehr auf die einzelnen Sparmassnahmen ein, die schon von seinen Vorrednerinnen und Vorrednern thematisiert worden waren. Vielmehr zeigte er auf, dass der Kanton Aargau für die Jahre 2017 bis 2020 ein Sparpaket erarbeiten muss, obwohl sich die Wirtschaft im Allgemeinen gut von der gravierenden Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre erholt hat. Dabei finden die Politiker überraschend schnell die

Schuldigen der Finanzmisere. Es ist unter anderem der aufgeblasene Staatsapparat. Es sind Angestellte, die nicht benötigt werden, würde der Staat nur jene Leistungen erbringen, die vorgesehen und notwendig wären. Mit einer Schlankeitskur könnten somit Millionen an Gehältern im Jahr eingespart werden. Dass zusätzliche Staatsaufgaben von Politikern beschlossen werden, weil Beschlüsse im Parlament in der Regel neue Aufgaben für das Staatspersonal mit sich bringen, wird dabei völlig ausgeblendet. Ebenfalls ausgeblendet wird der Umstand, dass der Kanton Aargau längst kein Durchgangskanton mehr ist. Das Bevölkerungswachstum der letzten zehn Jahre war enorm und führte per se zu einer Mengenausweitung der bestehenden Aufgaben. Sollten sich die Staatsangestellten, nach den Vorstellungen der Politik, nur noch auf den reinen Vollzug beschränken, würde dies aber nicht automatisch Kosten einsparen. Gewerbetreibende etwa, die nicht proaktiv über das neue Tierschutzgesetz oder das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen beraten worden wären, hätten einen

massiv höheren bürokratischen Aufwand gehabt. Möglicherweise hätten auch einzelne Betriebe vom Staat sanktioniert werden müssen. Unsere Bürger werden kaum damit glücklich werden, wenn sie sich in Zukunft für staatliche Dienstleistungen in der Warteschlange anstellen müssen oder diese schriftlich beantragen sollen. Von den Staatsangestellten wiederum wird erwartet, dass sie Verständnis haben sollen, dass seit Jahren keine echte Lohnentwicklung mehr stattgefunden hat, ihnen laufend Lohnnebenleistungen gekürzt werden und sie Überstunden leisten müssen. Als Dank wird ihnen von der Politik ein schlechtes Image angedichtet. Dafür dürfen sie im Gegenzug miterleben, dass das Parlament in der Vergangenheit auch auf ihre Kosten Steuersenkungen beschlossen hat und diese heute nicht zur Sanierung des Finanzhaushaltes wieder erhöht werden. Welches Parlamentsmitglied würde sich einen solchen Arbeitgeber wünschen?

marco.piovanelli@syna.ch,
Regionalsekretär

Sektion Unteres Aaretal

Spass und Gemütlichkeit

Unter diesem Motto fand am 22. Oktober im Restaurant Frohsinn in Würenlingen unser alljährlicher Jass- und Kegelnabend statt. Martin Schilling durfte 18 Kolleginnen und Kollegen mit Anhang begrüßen.

Martin erklärte, warum die Gewerkschaft für uns alle sehr wichtig ist, welche Vorteile eine Mitgliedschaft bietet und dass wir jedes neue Mitglied herzlich willkommen heissen. Nach diesen einleitenden Worten stand dann nur noch der

Anlass im Vordergrund. In drei Gruppen wurde gejasst und gekegelt, und die erspielten Punkte wurden notiert. Zur Stärkung gabs nach dem ersten Durchgang ein köstliches Nachtessen, das wieder von der Sektion offeriert wurde.

Gestärkt ging es in den zweiten Durchgang. Die Kugel rollte und die Kegel fielen, einmal waren es sieben oder acht, auch ein Kranz oder ein Babeli wurden erkegelt – dann jedoch auch nur ein, zwei oder drei Kegel. Aber all dies zählte an diesem Abend wenig. Auch beim Jassen ging es auf und ab mit den Punkten. Am Schluss wurden sie zusammengezählt und die Ränge ermittelt. Die drei Gruppenersten

erhielten jeweils einen Fruchtkorb. Auch dieses Jahr ging niemand mit leeren Händen nach Hause: Als Dankeschön erhielten alle den obligaten Zopf für das Frühstück vom Sonntag.

In den zufriedenen Gesichtern sah man, dass der Spass und die Gemütlichkeit an diesem Abend wiederum das Wichtigste waren. Zum Schluss bedankte ich mich bei den Anwesenden für den bestens gelungenen Abend, wünschte allen gute Gesundheit und verabschiedete sie bis zum nächsten Jahr.

franz.umbricht@bluewin.ch,
Sektionspräsident



Wir stehen kurz vor den Weihnachtstagen und blicken auf ein bewegtes Jahr zurück. Beschäftigt hat uns der Frankenschok auch noch im Jahr 2016. Fast alle Arbeitgeber haben dies als Grund angegeben für eine Nullrunde oder für nur kleine Lohnanpassungen. Vor allem in der Industrie begründete man so auch Arbeitszeiterhöhungen. Für uns gilt es jedoch, nach vorne zu schauen und uns den Herausforderungen zu stellen, sei es bei der Mitgliederbetreuung, bei der Werbung

neuer Mitglieder oder bei der Umsetzung der gesteckten Ziele. Eine Rast oder ein Verweilen können wir uns nicht leisten. So sind auch die Sektionen gefordert, und gemeinsam werden wir es bewältigen.

Ich danke allen herzlich für die aktive Mitarbeit und wünsche euch alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit im kommenden Jahr.

thomas.amsler@syna.ch,
Regionalverantwortlicher

Region Nordwestschweiz

Arbeitsbedingungen in privaten Spitex müssen besser werden

Syna fordert einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die privaten Spitex-Organisationen in der Region Basel. Die Arbeitsbedingungen dieser Angestellten sind schlechter als die Arbeitsbedingungen der Angestellten in öffentlichen Spitex-Einrichtungen.

Aufgrund der Altersstruktur in der Bevölkerung werden Spitex-Dienstleistungen verstärkt nachgefragt. Neben der öffentlichen Spitex entstehen immer mehr private Organisationen. So auch in der Region Basel. Da sie in der Regel geringere Kantons- und Gemeindegeldsubventionen erhalten als die öffentlich-rechtliche Spitex, stehen sie unter grösserem finanziellem Druck. Der schlägt sich in bedeutend schlechteren Arbeitsbedingungen und Verletzungen des Arbeitsgesetzes nieder.

Angestellte büssen für die Fehler der Politik

Laut einer Pressemitteilung haben 2015 in der Schweiz 309 000 Personen Dienste der Spitex in Anspruch genommen. Das sind 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei boomte vor allem der private Sektor, also der nicht oder schlechter subventionierte Teil. Es darf aber nicht sein, dass Mitarbeitende für Fehler in der Politik büssen müssen. Syna sieht dringenden Handlungsbedarf und fordert einen GAV für die privaten Spitex-Anbieter. Diese hätten ihrerseits ein Mittel in der Hand, um die politische Gleichstellung mit der öffentlichen Spitex durchzusetzen. Damit wäre beiden Parteien geholfen.

Immer wieder erfahren wir von Mitarbeitenden privater Spitex-Organisationen, dass die Bestimmungen aus OR und Arbeitsgesetz nicht eingehalten werden. In den letzten Monaten haben wir zwei Fälle vor die Schlichtungsstelle des Arbeitsgerichtes gebracht; in beiden Fällen musste der Arbeitgeber klein beigeben.



Die Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende privater Spitex unterscheiden sich markant von denen in öffentlichen Spitex.
Bild: Fotolia

Die wichtigsten Problempunkte

Gemäss unseren Erfahrungen bestehen folgende Hauptprobleme für Angestellte in der privaten Spitex: Viele sind nur im Stundenlohn angestellt. Im Arbeitsvertrag werden oft keine wöchentlichen Arbeitszeiten und kein garantiertes Pensum vorgegeben. Die Mitarbeiterin – meist sind es ja Frauen – weiss deshalb nicht, wann und wie viel sie arbeiten kann/muss und wie viel sie im Monat verdient. Die Einsatzpläne werden häufig sehr kurzfristig gemacht, oftmals erst am Abend davor. Die Mitarbeiterin hat deshalb Probleme, Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Haushalt und Freizeit unter einen Hut zu bringen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Mitarbeiterin keine oder nur mangelhafte Arbeitsrapporte erhält und deshalb die Lohnabrechnung nicht wirklich kontrollieren kann. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, ob allfällige Überzeit-, Nacht- und Sonntagszuschläge korrekt ausbezahlt und die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes bezüglich Ruhezeiten eingehalten wurden. Häufig gilt nur die effektive Zeit beim

Klienten als Arbeitszeit; die Wegzeit zwischen zwei Einsätzen wird nicht entschädigt, oder es gibt eine Wegzeitpauschale, die nicht der tatsächlich aufgewendeten Zeit entspricht. Teilweise wird auch kein Fahrzeug zur Verfügung gestellt, und es gibt keine Entschädigung für die Benutzung eines eigenen Fahrzeuges oder des öffentlichen Verkehrs.

Daneben gibt es noch viele weitere Punkte wie die Einführung eines Mindestlohnes, eine klare Regelung des Pikettdienstes, Einführung einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung und Verbesserungen bei der Pensionskasse etc.

Deine Meinung ist gefragt

Um ein repräsentatives Bild der Angestellten in der privaten Spitex beider Basel zu erhalten, haben wir auf unserer Website (nordwestschweiz.syna.ch) eine Umfrage aufgeschaltet. Mach mit, und ermuntere auch deine Kolleginnen dazu – jede Meinung zählt!

beatrix.meier@syna.ch,
Regionalverantwortliche

Jubilarenfeier 2016

Ein Hüftschwung nach 60 Jahren

Am 25. Oktober waren die Jubilare zur traditionellen Feier im Restaurant Seegarten im Park im Grünen eingeladen. Eine schöne Gelegenheit, um alte Erinnerungen auszutauschen. Bei der Ehrung erinnerte Regionalpräsident Mario Cavallaro an Ereignisse aus den Beitrittsjahren der jeweiligen Jubilare.

Bereits seit 70 Jahren ist der älteste Jubilar bei Syna respektive bei einer Vorgängerorganisation. 1946, also gleich nach dem Krieg, trat er als Siebzehnjähriger bei. Seine Ehrung wurde untermalt mit Swingmusik aus dieser Zeit des Aufbruchs, wo Churchill seine berühmte Rede in Zürich hielt.

Drei Jubilare wurden geehrt, die seit 60 Jahren dabei sind. 1956, das war eine Zeit! Die Erinnerung und die Untermauerung durch die entsprechende Musik veranlassten einen Jubilar, den berühmten Hüftschwung von Elvis nachzumachen. Gar nicht schlecht! Im gleichen Jahr sangen Doris Day «Whatever Will Be, Will Be» im Hitchcock-Thriller «Der Mann, der zu viel wusste» und Johnny Cash «Walk The Line». In Basel wurden zum ersten Mal Schnitzelbänke unzensuriert gesungen. Heute unvorstellbar, diese Zensur!

Frank Sinatra, der Mond und Zucchero

Mit Frank Sinatras «Strangers In The Night» und «Ganz in Weiss» von Roy Black kamen Erinnerungen an das Jahr 1966 auf, in dem drei weitere Jubilare der Gewerkschaft beitraten. Damals wurde in Basel das Frauenstimmrecht angenommen (in Zürich hingegen abgelehnt!), und man sah die ersten Bilder der Erde vom Mond aus.

Auch das Jahr 1976, aus welchem die nächsten drei Jubilare geehrt wurden, war ein wichtiges Jahr für die Raumfahrt, landete doch damals die erste Raumsonde auf dem Mars. Im gleichen Jahr wurde Apple in einer Garage gegründet, ABBA lancierten den Disco-Hit «Dancing Queen», und Peter Alexander träumte von der «Kleinen Kneipe».



Die Jubilare 2016. Präsident Mario Cavallaro versteckt sich.

Bild: Celina Gonzalez-Rüsch

Der jüngste Jubilar hingegen wurde in einer Zeit Mitglied, in der mit Cher, Bryan Adams und Zucchero ganz andere Töne die Hitparade dominierten. Auch 1991 ist schon eine Weile her. Die Präsentation von Mario Cavallaro hat jedoch gezeigt, dass alle diese Jahre auch heute noch nachwirken und bei Jung und Alt Emotionen wecken. Mit einem kleinen Präsent und einer Rose für die Damen dankten wir den Jubilaren für ihre Treue. Bei guten Gesprächen fand ein gelungener Anlass seinen Abschluss.

Die geehrten Jubilare	Sektion	Jubiläum
Othmar Kern	BUI	70 Jahre
René Belser	BS-Gew	60 Jahre
Anton Bieri	DSB	60 Jahre
Giuseppe Scuto	BUI	50 Jahre
Leonhard Müller	BS-Gew	50 Jahre
Lorenzo Ugolini	BUI	50 Jahre
Stefan Jegge	BS-Gew	40 Jahre
Nicolò d'Agostino	BSI	40 Jahre
Paul Studer	BUI	25 Jahre

beatrice.meier@syna.ch,
Regionalverantwortliche

Sektor Dienstleistung Nordwestschweiz Lohnabschlüsse 2017

Universitäre Psychiatrische Klinik Basel

Ab 1. Januar erhalten alle Mitarbeitenden der UPK, mit Ausnahme der Assistenzärzte, Assistenzpsychologen, Kadermitarbeitenden, Praktikanten und Praktikantinnen, Lernenden und drittfinanzierten Stellen, eine generelle Lohnerhöhung von 0,5 Prozent.

Universitätsspital Basel

Die individuelle Lohnerhöhung ab 1. Januar beträgt 0,9 Prozent. Die individuelle Lohnentwicklung berücksichtigt die an den Verhandlungen eingegebenen Gewichtungen der beiden Entwicklungskriterien Lage im Lohnband zum Marktlohn und Erfahrung. Diese werden mit 70 zu 30 zur Anwendung gelangen. Assistenzärzte, Kader, Praktikanten und Praktikantinnen, Lernende und drittfinanzierte Stellen sind davon ausgenommen.

Autogewerbe Basel-Stadt / Baselland

Ab 1. Januar ist eine generelle Lohnerhöhung von 30 Franken (ca. 0,5–0,6 Prozent) vereinbart worden.

stefan.isenschmid@syna.ch,
Regionalsekretär